

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Köpenicker Str. 1076.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5386.

Kongress der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie

Sonntag, den 22., und Montag, den 23. Februar im „Volkshaus“ zu Leipzig.

(Der Kongress muß also eine Woche früher als beabsichtigt war, stattfinden.)

Tagesordnung:

1. Die Betriebsräte in der Textilindustrie und ihre Praxis seit Ausbruch der Revolution.
2. Das Betriebsrätegesetz und die künftige Arbeit der Betriebsräte.

Antweisungen über die Wahl der Delegierten werden den Ortsverwaltungen unseres Verbandes demnächst brieflich zugehen.

Der Verbandsvorstand. G. Sädel.

Inhalt: Kongress der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie. — An unsere Ortsverwaltungen! — Licht muß werden! (Gedicht). — Zum Betriebsrätegesetz. — Hände weg vom Streikrecht! — Berufs- oder Industrieorganisation? (II). — Die Reichskonferenz der Branche der Färber und gemischten Wäscher. — Aus dem gelben Sumpf. — Das neue Vaterland der Kapitalisten. — Aus der Textilindustrie. — Genossenschaftliches. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: T-u-t!

An unsere Ortsverwaltungen!

Werte Kollegen!

Alle Briefe und sonstigen Postsendungen sind künftig zu adressieren:

An den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes
Berlin O. 27, Magazinstr. 6-7 II.

Geldsendungen durch die Post sind zu adressieren:
An Otto Sehm's, Postcheckkonto 5386,
Berlin NW. 7.

Bei Ueberweisungen auf Bankkonto adressiere man:

An die Commerz- und Discontobank, Depositenkasse OP.
(Konto Karl Hübsch, Otto Sehm's, Wilhelm Brillwiz),
Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 142.

Wir bitten dringend, bei Sendungen an den Zentralvorstand nur diese Adressen benutzen zu wollen. Alle an einzelne Mitglieder des Vorstandes gerichteten Briefe oder sonstigen Postsendungen bleiben un eröffnet liegen und werden an den Adressaten künftig un eröffnet abgegeben. Die an einzelne Vorstandsmitglieder gerichteten Briefe und sonstigen Postsendungen werden also, falls Adressat verreist ist, erst nach dessen Rückkehr geöffnet. Alle Verzögerungen in der Erledigung der Verbandsgeschäfte, welche durch falsche Adressierung entstehen, haben die Ortsverwaltungen selbst auf sich zu nehmen.
Der Vorstand. G. Sädel.

T-u-t!

Der alte Nachtwächter tutet. Es zeigt an, daß er, der Wächter, getreue Wacht hält, damit die anderen im weichen Pflüß von des Tages Last und Müß' ohne Sorg' ausruhen können.

Der alte Wächter — das muß man sagen — ist ein Muster von Pflüßerfüllung. Regelmäßig in jeder Stunde, von abends zehn bis früh fünf Uhr, geht er das Dorf ab; er hält getreue Wacht. Er behütet jedem das Seine. Und genau auf die Minute mit dem Glockenschlag läßt er sein Wachthorn ertönen. T-u-t!

Aber immer auf die Minute mit dem Glockenschlag der alten Turmuhr, der die volle Stunde verkündet, t-u-t-e-t der Nachtwächter, am Ende des Dorfes, zwischen des reichen Müllers Mühle und des armen Peters Hütte. So lang, so lang als sein Atem nur ausreicht. Wollte der alte Nachtwächter damit etwas Seltsames offenbaren? Die Nacht wußte vieles zu erzählen, was der Tag nicht wissen sollte. Vor des reichen Müllers Mühle und des armen Peters Hütte blies er doch zu gern sein Horn. Kräftig aus voller Lungenkraft. Man merkte, der alte Wächter hatte Freude daran.

Immer wenn der alte Nachtwächter mit einem besonders langen T-u-t die Vollendung einer Stunde zwischen Mühle und Hütte anzeigte, fuhr der reiche Müller ärgerlich vom Lager auf, während sich der arme Peter freute. Immer von neuem, genau auf die Minute mit dem Glockenschlag, der die volle Stunde verkündet, ertönte das Horn des Wächters

Licht muß werden.

Licht muß wieder werden
Nach diesen dunklen Tagen
Laßt uns nicht fragen,
Ob wir es sehen.
Es wird geschehen:
Auferspringen wird ein neues Licht.
War in unsern Besten nicht
Ein wanderndes Sehnen, unerfüllt
Nach Licht, das da quillt,
Von ihnen noch un gesehen?
Es wird geschehen.
Laßt uns nicht sagen.
Licht muß wieder werden
Nach diesen dunklen Tagen.

Zum Betriebsrätegesetz.

An die Nationalversammlung in Berlin ist unter dem 15. Januar folgende Zuschrift gerichtet worden: „Der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes protestiert gegen die in der zweiten Lesung der Kommission vorgenommenen Verschlechterungen des Betriebsräte-Gesetzesentwurfes.“

Er erwartet, daß das Plenum der Nationalversammlung nicht nur diese vorgenommenen Verschlechterungen beseitigt, sondern das Betriebsrätegesetz derart gestaltet, daß die in unserer früheren Petition und in dem Entwurf der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände vorgesehenen Bestimmungen über die Rechte der Betriebsräte restlos Anerkennung finden.“

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes
gez.: Hermann Sädel, Vorsitzender.

Hände weg vom Streikrecht!

Durch den Reichsarbeitsminister Herrn Schilde ist gelegentlich der Beratung des Betriebsrätegesetzes in dem 7. Ausschuß der Nationalversammlung die Mitteilung gemacht worden, daß er noch vor Weihnachten einen Entwurf

regelmäßig wieder. So oft darüber der reiche Müller sich ärgerte, so oft freute sich der arme Peter.

Der Mühl des einen war des anderen Nachtigall.
Der reiche Müller konnte überhaupt den armen Peter und den alten Nachtwächter nicht leiden. Sie waren beide Hungerleider, die es in ihrem Leben zu nichts gebracht hatten, die nicht zu wirtschaften verstanden. Letzten Endes war man vor diesen Hungerleidern nicht sicher. Man konnte ihnen zwar nichts nachweisen, daß sie gestohlen hatten. Aber wer weiß! Solch Hungerleiderpaar war zu allem fähig. So war des reichen Müllers Meinung über sie.

Der alte Nachtwächter war ein Muster getreuester Pflüßerfüllung. Für 70 Pfennig hielt er die ganze Nacht getreue Wacht, damit die anderen ohne Sorg' schlafen konnten.

Und der arme Peter war ein rechtschaffener, gerader Charakter. Aber er zeigte vor dem Reichtum des reichen Müllers keine Achtung. Der reiche Müller war ob seines Reichtums überall geachtet. Er genoß alle Aufmerksamkeiten der Dorfbewohner. Er war neben dem Pfarrer die erste Respektsperson. Nur dem armen Peter blieb der reiche Müller gleichgültig. Das ärgerte ebenfalls den reichen Müller.

Der reiche Müller war ganz von unten, vom armen Mühlbüschchen herauf, ein reicher und gemachter Mann geworden. Er hatte es zu etwas gebracht. Jedoch er war wie andere — reich geworden.

Es war gleichgültig, ob der Großbauer vom Lindenhof oder die arme Waldhegers Grete ihr bißchen Getreide zum Mahlen in die Mühle brachte. Der reiche Müller nahm von

zu einem Gesetz gegen die „wilden“ Streiks an die Nationalversammlung gelangen lassen wollte. Diese Mitteilung wurde zu dem Zweck gemacht, um der bürgerlichen Mehrheit des Ausschusses zur Beratung des Betriebsrätegesetzes dasjenige etwas schmählicher zu machen. Gemüht hat anscheinend diese Mitteilung nicht, denn der Entwurf zum Betriebsrätegesetz ist durch den 7. Ausschuß in einer Weise verhandelt worden, daß nur noch eine Skizze auf dem Entwurf übriggeblieben ist. Erstaunlich bleibt aber immerhin, daß der Reichsarbeitsminister überhaupt zu einer derartigen Ankündigung eines derartigen Gesetzes gekommen ist, mittels welchen wichtige Grundrechte der Arbeiterschaft angefaßt werden sollen. Man anderer zeigt die Ankündigung aber auch unerbötlich die Unfähigkeit der gegenwärtigen Regierung. Die bürgerliche Mehrheit hat trotz dieser Zusicherung sich nicht irre machen lassen und hat aus dem Entwurf zum Betriebsrätegesetz einen Wechselbalg gemacht, der auch den Anforderungen mehrheitssozialistischer Zeitungen — u. a. mit Ausnahme des „Vorwärts“, der ja nicht gut anders kann, als alles zu loben, was von „oben“ kommt — in keiner Weise genügt. Wir wollen hier nur an das herbe Urteil, das Kalliski in den „Sozialistischen Monatsheften“, Heft 27-28, gefällt hat, erinnern. Kalliski fällt nach einer eingehenden Kritik schließlich folgendes Urteil: „Nach seiner ganzen Struktur kann das Betriebsrätegesetz innerhalb der Verwaltungen als Produktionsberater nur die Stellung von Laufschern und Forschern geben, die zu einer höchst unfruchtbaren Tätigkeit verurteilt wären, aber um so mehr zu Instrumenten der Schikane und anderer Störungen für die Produktion werden müßten.“

Um das Zustandekommen eines solchen Wechselbalges von Betriebsrätegesetz kündigt ein „sozialistischer“ Minister ein Antistreikgesetz an. Diese Gesetzesankündigung zeigt aber auch weiter, welcher Geist in der Regierung vorherrscht. Der Geist des alten „seligen“ Buttamer aus dem Jahre 1886 ist auferstanden und beherrscht die sogenannten „sozialistischen“ Minister der Reichsregierung nach der Revolution von 1918.

Wenn tatsächlich der Gesetzesentwurf bis zu Weihnachten noch nicht an die Nationalversammlung gelangt ist, so ist damit das Gesetz nicht erledigt. Jedenfalls haben sich Schwierigkeiten ergeben, die noch behoben werden müssen, aber auf alle Fälle wird der Herr Arbeitsminister dafür sorgen, daß er sein der bürgerlichen Mehrheit gegebenes Wort einlöst, und die sozialistische Regierungstätigkeit wird um ein weiteres

ihre genau wie vom Großbauern reichen Mahllohn. Daneben aber heimlich von Mehl und Meie reichliche „Reise“. Alle im Dorfe hatten zu Müllers Reichtum beigetragen. Manche raunten es sich einander in die Ohren. Doch man erwies dem Reichtum des reichen Müllers Reverenz. Was hatte mit der Nachtwächter gegen ihn?

Nun: Eines Tages war der Sohn des reichen Müllers, der viele Jahre in der Welt gewesen, weit und breit herumgekommen war, von der Wanderschaft nach Haus gekommen. Der Sohn des reichen Müllers und der arme Peter waren Freunde. Sie erneuerten die Freundschaft. Gleiche Ideen führten beide wieder zusammen. Des reichen Müllers Sohn wurde krank, seine Tage waren gezählt. Sein ganzer Reichtum war eine goldene Uhr mit Kette. Er bestimmte handschriftlich, daß Uhr und Kette dem armen Peter nach seinem Tode ausgehändigt werden sollten.

Der reiche Müller jedoch verbrannte das Dokument und behielt Uhr und Kette für sich.

Seitdem ertönte immer genau auf die Minute mit dem Glockenschlag, der die volle Stunde anzeigte, zwischen Hütte und Mühle das Horn des Nachtwächters. T-u-t!

Der reiche Müller verbot sich schließlich beim Nachtwächter das Tuten vor seiner Mühle. Doch Schimpfen und gutes Zureden, sie halfen nichts. Der Nachtwächter stützte sich auf sein Wachtreglement. Außerdem verlange der arme Peter, daß vor seiner Hütte geblasen werde, sagte Schlau der Nachtwächter.

Im ... so etwas war unerhör! Es war ihm klar, dem reichen Müller, daß dieser Hungerleider ihn nur ärgern

„Kuhmesblatt“ in ihrer glorreichen Geschichte vermehrt werden.

Das Antistreibgesetz kann man nicht als ein „Ding an sich“, sondern man muß es im Zusammenhang mit der gesamten Politik der gegenwärtigen Regierung betrachten, die darauf hinausläuft, der Arbeiterschaft neue Fesseln anzulegen.

Die ganze Regierungskunst ist darauf eingestellt, dem Proletariat die politischen Machtmittel aus der Hand zu schlagen, die es durch die Revolution erobert hatte; der Auslieferung der militärischen Machtmittel an reaktionäre Offiziere, der Schaffung eines Söldnerheeres unter dem wichtigen Vorwand, den Bolschewismus zu bekämpfen, der Bewaffnung des Bürgertums und der Agrarier, der Schaffung der „Technischen Nothilfe“, welche ebenfalls dem Bürgertum und reaktionären Offizieren ausgeliefert ist, reiht sich das Antistreibgesetz „würdig“ an. Das Antistreibgesetz bereichert die Kette, mittels welcher das Proletariat gefesselt werden soll, um ein weiteres Glied.

Das Proletariat, welches kaum die Ketten aus der vorrevolutionären Zeit abgestreift hat, soll mit Hilfe angeblicher Arbeitervertreter erneut in Fesseln gelegt werden. Dagegen muß die gesamte Arbeiterschaft entschiedene Front machen. Hier dürfen uns nicht Parteiuunterschiede trennen, sondern der Selbsterhaltungstrieb muß uns zur entschlossenen und geschlossenen Abwehr bestimmen.

Um das Koalitions- und Streikrecht wurden seitens der Arbeiterschaft und deren Vertreter schwere Kämpfe geführt, Kämpfe, die ungeheure Opfer persönlicher und materieller Art erforderten. Ueber ein halbes Jahrhundert dauern die Kämpfe. Von Bismarck und Buttkeamer bis Kosadomsky bis Ebert. Letzten Endes fielen unter den Wirkungen des Weltkrieges die letzten Fesseln, die des § 153 der Gewerbeordnung noch enthielt.

Einem sozialistischen Minister — Herr Schlicke versteift sich noch darauf, Sozialist zu sein — bleibt es vorbehalten, ein Gesetz anzukündigen, welches Hand an das wichtigste und umstrittenste aller Grundrechte der Arbeiterschaft legt, um die Fesseln aus demselben zum Schaden der Arbeiterschaft zu brechen. Vor einer solchen Regierungskunst, welche die Unfähigkeit der gegenwärtigen Regierung ganz besonders offenbart, muß man ein Grauen bekommen. Es ist Satyrspiel, wie es beispiellos in der Geschichte dasteht.

Dem alten „seligen“ Buttkeamer wird es niemals im Traume eingefallen sein, daß seine „Regierungskunst“ vom Jahre 1886, nachdem sie 4 Jahre später so elend Schiffbruch gelitten hat, im Jahre 1920 nach einer Revolution, die den Umsturz brachte, den Buttkeamer mit seinem Streikerlaß verhüten wollte, unter sozialistischen Ministern seine Auferstehung feiern würde. Wenn Buttkeamer von den Toten auferstehen könnte, so würde er sich jedenfalls nichts Sehnlischeres wünschen, als unter der „glorreichen“ Regierung von Fritz Ebert wiederum Minister des Innern zu sei.

Er mag ruhig schlafen, der alte Buttkeamer, unsere Regierung ist der Buttkeamererei so verfallen, daß sie glaubt, nur noch mit den Buttkeamerischen Rezepten unseren kranken Wirtschaftskörper der Gesundung entgegenführen zu können.

Ob Schlicke oder Buttkeamer — die Geistesverwandtschaft ist gegeben. Schlicke will mit der Anwendung Buttkeamerischer Mittel das neue Reich aufbauen. Buttkeamer wollte damit den Umsturz verhindern. Schlicke hat dabei gar nicht beachtet, daß die Bismarck-Buttkeamerische Politik bereits im Jahre 1890 elend auf dem Schindanger der politischen Geschichte Deutschlands verscharrt worden ist.

Die Bismarck-Buttkeamerische Politik mußte bereits vor 40 Jahren der freiheitlichen Entwicklung weichen.

Eine sozialistische Regierung ist von vornherein zur Regierungsunfähigkeit verdammt, die mit alten, verbrauchten Mitteln ein neues Reich aufbauen will.

Mit einem Antistreibgesetz kann man nicht den Arbeitswillen der Arbeiterschaft heben und den Wiederaufbau des Reiches sicherstellen. Mit solchen Mitteln das Reich vor dem wirtschaftlichen Untergang zu retten, bedeutet sicher das Gegenteil dessen, was die Regierung erstrebt: den vollkommenen wirtschaftlichen und letzten Endes politischen Bankrott dieser Regierungskunst. Nur durch mitbestimmenden entscheidenden Einfluß der Arbeiterschaft in allen Zweigen der Produktion, der Ausfuhr und der Einfuhr, kann das Vertrauen der Arbeiterschaft gehoben, können die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die sich auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens uns entgegen türmen, beseitigt werden. Aber niemals dadurch, daß man die Rechte, die sich die Arbeiterschaft durch die Revolution erobert hat, zu beschneiden versucht.

Das Koalitionsrecht ist der Grundpfeiler des gesamten Arbeiterrechts, mit welchem die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung des zukünftigen Staatswesens innig verwoben ist. Wer daran rührt, stört die freie Entfaltung und Entwicklung unseres Staatswesens. Deshalb: Hände weg vom Streikrecht der Arbeiterschaft!

(Das oben erwähnte Betriebsrätegesetz ist inzwischen —

wollte. Dem wollte er abhelfen. Der Gemeindevorstand müsse den Nachwächter veranlassen, an anderer Stelle zu blasen. Doch auch der Gemeindevorstand wußte keinen Rat, zumal der arme Peter dahinter steckte, der immer in der Doffentlichkeit den Gemeindevorstand mit dem Vorstand zur Ordnung rief, wenn etwas nach seiner Meinung getan wurde, das gegen das Recht verstieß; der Wächter erfüllte bloß seine Pflicht. Schließlich gab er dem reichen Müller den Rat, sich mit dem armen Peter zu verständigen. Dieses wollte nun der reiche Müller tun, obwohl es ihm widerstrebt. Doch er wollte des Nachts keine Ruhe haben.

Der reiche Müller wurde zum armen Peter freundlich. Er grüßte ihn zuvorkommend, bis er sich eines Tages auf ein Gespräch mit dem armen Peter einließ. Er fragte schließlich, ob ihn das Getöse des Nachwächters zwischen Hütte und Mühle nicht störe? „Nein,“ sagte Peter, „dies ist sehr notwendig, damit ich weiß, wieviel Uhr es ist.“ „Ja, aber,“ sagte der reiche Müller, „Deine Uhr zeigt doch die Stunden auch an.“ „Gewiß! Aber meine Uhr, die trägt ein anderer. Damit wir aber beide wissen, was die Uhr geschlagen hat, tut er der Wächter.“

Der reiche Müller schlich sich betroffen davon; er wußte nun in doppeltem Sinn, „was die Uhr geschlagen“ hatte, wenn der alte Wächter genau auf die Minute, mit dem Glockenschlag, die Stunde verkündet hatte zwischen Hütte und Mühle, am Ende des Dorfes, wenn er zum Reichen dafür, daß er treue Wacht halte, „damit jedem das Seine bliebe“, munter in sein Wachthorn geblasen hatte.

X-u-t.

Sugo Dressel.

des Artikel war schon vor einer Woche geschrieben worden — von der Nationalversammlung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Deutschnationalen angenommen worden.)

Berufs- oder Industrieorganisation?

Von W. Sager.

II. (Schluß).

Nichtigstellung:

Im 1. Aufsatz, „Textilarbeiter“, Nr. 3, S. 11, mittlere Spalte, 2. Absatz, muß es heißen: 2000jähriger Appell an die Menschheitsliebe, 50jährige Berufung auf das Menschenrecht verhalten wirkungslos am Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft. (Der Druckfehlerheftel jagt dort statt 50-jährige Berufung.)

Am 9. und 16. Dezember 1919 beschäftigte sich in zwei Vollversammlungen die Berliner Gewerkschaftskommission (nicht zu verwechseln mit der Generalkommission usw., jetzt Gewerkschaftsbund) mit dem Thema: „Berufs-, Industrie-, Betriebsorganisation“. Der Referent schilderte kurz den gedanklichen Unterbau und die historischen Bedingungen, welche die Berufsgliederung der freien Gewerkschaften rechtfertigen und skizzierte anschließend die Entstehung der Idee der Industrieverbände als Folge praktischer Notwendigkeit. Im Vordergrund seiner Ausführungen über den Industrieverband standen die Schwierigkeiten, welche seiner Verwirklichung im Wege stehen, und das Referat klang aus in einen Protest gegen die weitere Zersplitterung der Arbeiterbewegung durch Gründung sogenannter revolutionärer Betriebsorganisationen und Fachverbände.

Der Industrieverband fand in der anschließenden Debatte viele warme Befürworter.

Das Ergebnis der Aussprache ist nachstehende, fast einstimmig angenommene Resolution:

Resolution.

„Ausgehend von dem Gedanken, daß es gilt, gegen den Kapitalismus die geschlossene Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten zu erhalten und zu stärken, erklärt die Berliner Gewerkschaftskommission, daß sie in den Bestrebungen zur Gründung von sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen, Angestellten- und Fachverbänden eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft Berlins erblickt.“

Sie fordert die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Umbildung der einzelnen Organisationen zu Industrieverbänden einzutreten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission erklärt, daß alle diejenigen, die der sogenannten revolutionären Betriebsorganisation, den Angestellten- oder Fachverbänden angehören oder die Idee derselben propagieren, sich außerhalb der Reihen derjenigen stellen, die auf der Grundlage der Industrieverbände kampffähige Organisationen für die Arbeiter und Angestellten schaffen wollen.

Wer Mitglied einer der genannten Organisationen ist oder Bestrebungen zu deren Gründung unterstützt, kann nicht Mitglied der freien Gewerkschaften sein.“

Beschlossen in der Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlin am 16. Dezember 1919.

Vom Referenten war folgende Resolution vorgelegt worden:

Resolution.

„Ausgehend von dem Gedanken, daß es gilt, gegen den Kapitalismus die geschlossene Einheitsfront der Gewerkschaften zu erhalten und zu stärken, erklärt die Berliner Gewerkschaftskommission, daß sie in den Bestrebungen zur Gründung von sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen, Fach- und Angestelltenverbänden eine schwere Schädigung der Arbeiterbewegung Groß-Berlins erblickt.“

Unzweifelhaft vollzieht sich auch in den freien Gewerkschaften ein Umbildungsprozeß zu großen kampffähigen Industrieverbänden.

Es muß sich für alle Gewerkschaftsmitglieder darum handeln, diesen Prozeß durch Ausbau bzw. Umbau der bestehenden Zentralverbände zu fördern.

Die Berliner Gewerkschaftskommission erklärt, daß alle diejenigen, die der sogenannten revolutionären Betriebsorganisation, Fach- und Angestelltenverbänden angehören oder die Idee derselben propagieren, sich außerhalb der Reihen der auf zentraler Grundlage stehenden Gewerkschaften stellen und empfiehlt den angeschlossenen Organisationen den Ausschluß dieser Mitglieder.“

Berücksichtigt man auch diese Resolution, welche mit einer aus der Mitte der Versammlung eingebrachten zu der angenommenen vereinigt wurde, so ist die Bildung von Fachverbänden und sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen bzw. die daraus entstehende Gefahr die Ursache zur Auseinandersetzung gewesen. Die in der Entschlieung ausgedrückte Willensäußerung ist, soweit sie die sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen betrifft, Abwehr-, und soweit sie Bezug nimmt auf die Fachverbände (für diese dürften überwiegend bisher gewerkschaftlich noch nicht erfasste Arbeiterschichten in Frage kommen) Vorbeugungsmaßregel.

Die Entschlieung hat meines Erachtens über die Kreise der Berliner Gewerkschaften hinaus Bedeutung. Sie ist nur zu begründen in ihrer Stellungnahme zu den zersplitternden Neugründungen und könnte erheblich entschiedener sein.

Wesentliche Bedeutung enthält die angenommene Resolution in der Aufforderung an die angeschlossenen Verbände — und das sind fast sämtliche Gewerkschaften, gemeint ist die Gesamtheit der Gewerkschaften — zur Umbildung zu Industrieverbänden auf betrieblicher Grundlage.

So gut und richtig einst die Berufsgruppierung der freien Gewerkschaften war, die Entwicklung der Technik in Produktion und Verkehr, die Konzentration in der Industrie gebietet seit sehr langer Zeit schon eine Umgestaltung und Anpassung an die modernen Verhältnisse.

Wie können wir den Massengegnern mit dem schwerfälligen Verhandlungsapparat von heute — es sind mitunter an einer Verhandlung ein Duzend und mehr Gewerkschaften des eigenen Lagers interessiert — erfolgreich oder achtungsgebietend entgegen treten? Und wie können wir uns gegen weitere Zersplitterungen mit Erfolg wehren, mit dem Keim der Zersplitterung im eigenen Organismus und solange wir mit unserer Gegenwartsverfassung bestenfalls Tageserfolge erringen?

Die mit Recht viel geschmähten geringen Erfolge der Novemberumwälzung haben wir zu einem großen Teil auf das Konto des „Mangels an Einheitlichkeit in der modernen Arbeiterbewegung“ zu verbuchen, ebenso viele der unliebsamen Erscheinungen der neueren Zeit.

Wir müssen uns einmal besinnen, daß die Mißerfolge der Revolution Lehren der jüngsten Geschichte an uns sind, die zu erkennen und zu befolgen zu einem Teil unserer Pflichten gehört, welche wir als Sozialisten freiwillig auf uns genommen haben. Es genügt nicht, die Revolutionierung nach der Richtung zu betreiben, daß man die Verwaltungskörperschaften erneuert und innerhalb und unter Aufrechterhaltung des alten Mechanismus Reformen einführt, die gut und nützlich sein mögen, an der Gesamtsituation aber nichts ändern und nichts ändern können.

Uebrigens: Der technische und tatsächliche Stand unserer Produktion hat die strikte Einhaltung der Berufsorganisation praktisch schon lange fast unmöglich gemacht. Man vergegenwärtige sich nur einmal am Beispiel eines einzigen Großbetriebes, wieviel Gewerkschaften bei genauer Berufszuteilung dort Mitglieder haben müßten, in vielen Fällen einige Duzend Verbände.

Stillschweigend und unter ständiger Gefahr konkurrierender Neibung organisiert dort die rührigste oder, dank irgendeinem Zufall, die zuerst am Platze seiende Gewerkschaft die Arbeiter.

Wir müssen notgedrungen über kurz oder lang zu anderen Organisationsformen gelangen, deren modernste und rationellste der Industrieverband darstellt. Die Schwierigkeiten sollen keineswegs gelehnet, das Risiko von Experimenten durchaus nicht unterschätzt werden. Das alles hilft über die Notwendigkeit der Modernisierung nicht hinweg.

Die Modernisierung muß bringen:

1. Straffe und einheitliche Zusammenfassung der proletarischen Kraft. Die Kraft ist vorhanden. Sie liegt im Willen zur Vereinigung, in der Konzentration der Wirtschaft, in der fortschreitenden Differenzierung der Besitzverhältnisse, in der wachsenden Erkenntnis von den Ursachen der sozialen Uebel und in den Folgen der nun formell abgebrochenen Weltkatastrophe. Die Kraft sucht geradezu ihren Meister, ihren Organisator.

Die Not der Zeit gebiert neue Kraft. Diese kategorische Prophezeiung belege ich mit dem Hinweis auf die Geschichte des jüdischen Volkes und mit der Tatsache, daß die kulturell hochstehenden Völker ausnahmslos im harten Ringen um ihre Existenz mit der Ungunst klimatischer und geographischer Verhältnisse ihre hohe Eignung erwarben und diesem Umstand zugleich auch ihren kulturellen Vorsprung gegenüber den Zonen mit naturgegebenen, bequemen Lebensmöglichkeiten bewohnenden Völkern verdankten.

Die elementare Kraft fallender Gewässer gestaltet der Geist des Ingenieurs zur Zentralkraft, sie ist, ihre Ausnützung im Rahmen des Mühlenbetriebes durch zufällige Anlieger war eine Tat.

Organische Zusammenfassung der Kräfte zum Zwecke höchster Nuganwendung für das notwendige Ziel gewährleistet allein den Fortschritt.

Die Modernisierung muß bringen:

2. Engste Gemeinschaft zwischen Hand- und Kopfarbeit.

Tragen wir den Zeiterfordernissen nicht Rechnung, so schreitet die Entwicklung auch über die — revolutionierten — Gewerkschaften hinweg. Aber nicht nur im Hinblick auf die Gegner des Proletariats, sondern auch in verwaltungstechnischer und agitatorischer Beziehung sind die Berufsverbände den Anforderungen der sich zuspitzenden Verhältnisse auf die Dauer nicht gewachsen. Ich denke dabei an die Mitarbeit in den vielerlei Kommissionen usw., die sich einheitlicher und unter Ausschaltung der Gemeindevorsteherpolitik vielfach sachgemäßer regeln ließe zu Nutz und Frommen der Mitglieder.

Viele Kommissionen und ungezählte, viel, viel Zeit und Geld verschlingende Sitzungen würden überflüssig.

Die Agitation unter dem noch indifferenten Teil der Arbeiter, die Schulung der neugewonnenen Massen, die Weiterbildung der Vorgesrittenen — ein akutes Problem innerhalb der Gewerkschaftsbewegung — könnte planmäßiger, erfolgversprechender, großzügiger in die Wege geleitet werden. Der große Zug in den keimenden Fortbildungsbestrebungen ist unabwendbare Vorbedingung zu — einigem — Erfolg.

Was leisteten wir bisher und gegenwärtig auf dem Gebiete?

Die Dinge drohen uns geradezu über den Kopf zu wachsen. Die Fülle der Lohnbewegungen birgt, wenn nicht Sand in Hand mit ihnen intensive Aufklärungsarbeit verdrängt wird, die große Gefahr der Abstumpfung durch zu häufige Anwendung der letzten Mittel in sich. Die Wiederkehr der alten, vielbeklagten Stupidität ist sehr zu befürchten. Ihr zu begegnen gibt es nur das eine Mittel: zielklare Aufklärung. Ich bin nicht der Meinung, daß die Verschmelzung der Berufs- zu Industrieverbänden Angestellte der Gewerkschaften, wie so oft irrigerweise spekuliert wird, frei macht, aber ich meine, daß wir verschiedene Kräfte dann nutzbringender in Vertuebung bringen können.

Wehlich liegen die Verhältnisse bei der Gewerkschafts- presse. Eine Unmenge Arbeit würde erpart und System in die schriftliche Propaganda gebracht werden können, wenn die Organisation nach den angeregten Gesichtspunkten aufgebaut wird. Freilich, einer ganzen Anzahl kleiner Verbände würde durch den Industrieverband das Lebenslicht ausgeblasen, jemandem zur Kümmernis, dem die Gewerkschaft nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck ist.

Als besondere Schwierigkeit wird von den Gegnern des Industrieverbandes die Zuteilung der Arbeitsgebiete angesehen. Man sagt, es greife die Herstellung eines Produktes in viele Industriegebiete ein, wie zum Beispiel: die Herstellung des Kunstleders, der Kunstseide usw. Und es wäre unmöglich, den Arbeitsprozeß streng zu scheiden, um Koalitionen auch vom Industrieverband zu vermeiden. Dazu wäre zu sagen, daß eben in solchen Fällen zu unterscheiden wäre zwischen Herstellung und Verarbeitung. In der Herstellung gehört nach diesem Beispiel die Kunstseide zur chemischen und in der Verarbeitung zur textilen Industrie, ähnlich bei Kunstleder und anderen Erzeugnissen.

Als Grundlage der Arbeitsgebiete des Industrieverbandes könnte die von führenden Nationalökonomien für statistische und wissenschaftliche Zwecke bereits vorhandene Einteilung des deutschen Produktionsgebietes mit ihren etwa 12 bis 14 Hauptgruppen dienen. Zum Beispiel: Chemische Industrie, Industrie der Steine und Farben, Metall-, Holz-, Papier-, Textilindustrie usw., alle in einer der Industriegruppen Tätigen, ganz gleich, ob Fach- oder Hilfsarbeiter, Hausdiener oder Angestellte, hätten danach Mitglied des für diese Industriegruppe zuständigen Verbandes

zu sein. Der Zustand von heute, wonach Dutzende von Verbänden in einer Industrie Mitglieder habe, mit allen sich daraus ergebenden Schwierigkeiten zum Schaden der Arbeiterfrage, wäre damit ohne weiteres beseitigt. In der Praxis möchte es dann wohl nötig werden, innerhalb des Verbandes Fachgruppen nach Berufen zu bilden, um technische und Fragen der Ausbildung, der speziellen Berufskunde und dergleichen, ähnlich wie es bereits heute, nur in engerem Rahmen gehandhabt wird, zu beraten.

Aus den Kreisen der Angestellten wird unter prinzipieller Befürwortung für den Industriebund gegen ihn die drohende Majorisierung der Angestellten durch die mit wenig Ausnahmen zahlenmäßig überwindende Arbeiterschaft geltend gemacht.

Es sei zugegeben, daß die Angestellten sich meist, mit Ausschluß des Versicherungs- und Bankgewerbes, gegenüber den Arbeitern in verschwindender Minorität befinden. Infolgedessen, so argumentiert man in Angestelltenkreisen, können und werden diese wenig Sympathie für den Industriebund aufbringen.

Die Stabilität und auch die Schlussfolgerung ist nach meinem Dafürhalten anzuerkennen. Es ist deshalb auf das eingehendste zu prüfen, in welcher Weise dieser Schwierigkeit Herr zu werden ist.

Die Sache ist wichtig genug, es handelt sich um die Einheitsfront zwischen Angestellten und Arbeiterschaft. Eventuell wären für die Gruppe der Angestellten im Industriebund für bestimmte Angelegenheiten, besonders die Verwaltung, ihrer Wichtigkeit im Produktionsprozess angemessene, von der formalen Demokratie abweichende Bestimmungen zu erörtern.

Es kann nicht Zweck und Aufgabe sein, und es ist auch nicht mein persönliches Bestreben, im Rahmen dieser Arbeit reslos und bis ins kleinste Detail Idee und Praktizierung des kommenden Industriebundes darzustellen. Dazu ist der Raum, die Zeit und vielleicht auch das persönliche Wissen nur ungenügend verfügbar. Ich fasse nur der Uebersicht wegen den Gedankengang kurz zusammen.

Die Technik in der Produktion und im Verkehr hat umwälzende Fortschritte, ganz besonders verstärkt durch die hinter uns liegenden außerpolitischen Wirrnisse, zum Riesennetz, zur Großindustrie, gezeitigt. In Massen ist der gelehrte vom ungelerten Arbeiter in der Produktion ersetzt. Die Organisationen der Unternehmer, einst Nachbildungen und Abwehrmittel, sind durch konzentrische Zusammenfassung und modernsten Ausbau einheitlich geleitete Kampfgebilde im Klassenkampf geworden. Nicht Schritt gehalten damit hat die Organisationsform der Gewerkschaftsbewegung. War und ist schon die Spaltung in christliche, Sirich-Dunderische und freigewerkschaftliche Organisationen eine unglückliche Schwächung der Arbeiterklasse, so ist durch die skizzierte Entwicklung der Technik und des Verkehrs die Organisation der Arbeiter auf beruflicher Grundlage als überholt und ungenügend wirksam gewordene Waffe anzusehen im proletarischen Befreiungskampf. Zum Wieder- und Weitererstarben der freien Gewerkschaftsbewegung empfiehlt sich deshalb deren Umformierung zu Industriebündnissen auf betrieblicher Grundlage. Nicht zu verwechseln mit den sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen, welche nur weitere Zersplitterung in die Arbeiterbewegung tragen, welche mit dem vorgeschilderten Industriebund wirksamer als mit dem Berufsverband bekämpfbar sind.

Mit der Einbeziehung der Angestellten, deren Mitbestimmungsrecht in Verwaltungsfragen usw., ihres durchgängig ungünstigen Zahlenverhältnisses zur übrigen Arbeiterschaft wegen, besonders und unter Berücksichtigung ihrer Wichtigkeit im Produktionsprozess, besonders zu regeln sei, versprechen wir uns vom Industriebund mehr Erfolg für die Arbeiterfrage, als bei Fortbestehenlassen des bisherigen Zustandes der Gewerkschaften. Das vor allem im Hinblick auf die akuten Sozialisierungsprobleme. Bei kluger Zusammenfassung aller verfügbaren proletarischen Kräfte wächst die Macht der Arbeiterklasse, und nur Macht bedeutet Erfolg und Recht. — Erfolg für das Proletariat, dessen Kampf um Befreiung aus der Unterdrückung vom kapitalistischen Joch um der Menschlichkeit willen zum siegreichen Ende geführt werden muß.

Die Reichskonferenz der Branche der Färber und chemischen Wäscher.

Ueber dieses Thema hielt der Kollege Feinhals am 8. Januar in einer von zirka 900 Personen besuchten Branchenversammlung der Färber und Wäscher Berlins einen ausführlichen Vortrag.

Der Vortragende behandelte in äußerst eingehender Weise den Zweck dieser Konferenz. Er führte aus, daß die Organisationsfragen und der Arbeitervertrag die Hauptthemen dieser Konferenz bilden müßten. Auch mit dem Ausbau der Betriebsräte, welche gerade für diese Branche von größter Wichtigkeit sind, wird sich die Konferenz befassen müssen.

Zu den Organisationsfragen führte der Referent aus, daß wir es innerhalb unserer Branche mit mehreren Organisationen zu tun haben. Außer dem Textilarbeiterverband kommen noch die Verbände der Fabrikarbeiter, Schneider und Wäschereiarbeiter in Frage. Pflicht unserer Gewerkschaften ist es, die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in den Wäschereien tätig sind, zu erfassen und für unsere Organisation zu gewinnen zu suchen, da wir eine erhebliche Zahl gemischter Betriebe zu verzeichnen haben.

Durch die verschiedenen Verbände ist es schon in mehreren Fällen zu unliebsamen Ereignissen gekommen. Der Redner führte ein Beispiel aus der Münchener Branche an. Dasselbst hatte unser Verband für die Arbeiterinnen Stundenlöhne von 1,30 Mk. bis 1,50 Mk. gefordert, während der Fabrikarbeiterverband einen Stundenlohn von 80 Pf. forderte. Aus diesem Grunde muß es die Hauptaufgabe der Reichskonferenz sein, sich mit der Frage der Organisationszugehörigkeit zu beschäftigen.

Zu der Frage des Arbeitervertrages erörterte der Referent in eingehender Weise die Vor- und Nachteile eines Reichstarifes. Bei den jetzigen Verhältnissen, wo die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel innerhalb ganz kurzer Zeit eine sprunghafte Erhöhung erfahren haben und noch keine Besserung der Verhältnisse zu erwarten ist, sei der Abschluß eines Reichstarifes nicht zu empfehlen. Redner illustrierte durch statistische Angaben, in welcher Weise die Preise in der letzten Zeit und in den verschiedenen Großstädten gestiegen sind.

Die Konferenz soll am 15. und 16. Februar stattfinden. Auch wird die Frage der Branchenorganisation für die in den Färbereien, hemischen Waschanstalten und Weißwäschereien innerhalb unseres Zentralverbandes auf dieser Konferenz eine Rolle spielen.

In diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine kurze Diskussion. Von allen Diskussionsrednern wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Konferenz mit den sanitären Verhältnissen in den Färbereien und Waschanstalten beschäftigen möge.

Kollege Feinhals erklärte in seinem Schlusswort, daß er versuchen würde, die vorgetragenen Wünsche zu berücksichtigen. — Dann beschäufte sich die Versammlung mit der Forderung einer Teuerungszulage als Ausgleich für die in der letzten Zeit erfolgten Erhöhungen der Preise für Lebensmittel usw. Nach kurzer Diskussion wurden die Ausschüsse beauftragt, Teuerungszulagen in angemessener Höhe zu fordern. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Im Namen der in den Berliner Färbereien und Wäschereien tätigen Kollegen und Kolleginnen richten wir an die Kollegenchaft im Reich die Bitte, ebenfalls eingehend zur Reichskonferenz Stellung zu nehmen, damit die Konferenz ihren Zweck voll und ganz erfüllen und ihren Teil dazu beitragen möge, die Lage der in den Färbereien und Wäschereien Beschäftigten zu bessern.

Aus dem gelben Sumpf.

Sie sind wieder da, die „Gelben“ nämlich. Es wird hierüber folgendes berichtet:

Der Deutsche Arbeiterbund, jene gelbe Organisation, die die „wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiter“ zusammenfaßt, hat vor kurzem in Leipzig unter Ausschluß der Öffentlichkeit einen „täglich industriellen und Bergarbeitertag“ abgehalten. Ein Herr Geißler aus Frankfurt a. M., der über das Programm der Industriebundorganisation einen Vortrag hielt, sagte: Die Einführung des Achtstundentages hätte eine größere Einbuße gebracht als der verlorene Krieg. (1) Schließlich fand dieser „Arbeitervertreter“ wieder das bekannte Lied von der Harmonie der Interessen zwischen Kapitalisten und Arbeiter. Die Arbeiter sollen den Klassenkampf aufgeben und die Unternehmer sollen durch Gewinnbeteiligung, „Werksmittelbesitz“ und ähnliche Konzessionen das Interesse der Arbeiter am Betrieb heben. Im übrigen hat sich der Herr als Ziel gesteckt, den „Geist der Arbeiterschaft amzuformen“ und die Arbeiterschaft zu einem „Sort deutschnationalen Empfindens“ zu machen.

In den gleichen Gedankengängen bewegte sich das Referat des zweiten Referenten Geß, Essen, der über das Thema sprach: War die bisherige deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Segen für die Arbeiterschaft? Auch er lehnte den Klassenkampf ab und rief gleichzeitig zum Kampf gegen die „wirtschaftsfeindlichen“ (lies modernen) Arbeiterorganisationen und zur Sammlung der Arbeiter und Angestellten für den kommenden Wahlkampf unter der Fahne der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei auf. Nach der Behauptung dieses Redners strömen jetzt „trotz des Terrores der Sozialdemokratie“ tausende Arbeiter den gelben Organisationen zu.

So schlimm scheint es aber nicht zu sein, denn er fügte gleich hinzu, es sei nicht leicht, die 50 Jahre lang von der Sozialdemokratie „verhexten“ Arbeiter wieder umzuwandeln. Immerhin ruft uns seine Behauptung auf, auf der Wacht zu sein, so daß der gelbe Sumpf nicht wieder von neuem seine muffigen Gerüche in alter Weise verbreiten könne.

Das neue Vaterunser der Kapitalisten.

Vater unser, Kapitalismus, der du kennst nur den Himmel auf dieser Erde, der die Wasser in ihrem Laufe hemmt, Berge verlegt, Weltteile voneinander reißt, Völker an sich fesselt, du Schöpfer Gottes und Quelle des Lebens, dem Könige und Untertanen, Arbeiter und Unternehmer sich beugen, dein Reich werde errichtet auf dieser Welt! Gib uns Abnehmer in Menge, welche die Waren von uns kaufen, seien dieselben gut oder schlecht! Gib uns hungrige Arbeiter, welche für geringen Lohn die schwerste Arbeit ohne Murren verrichten! Laß die Dummen nicht alle werden, damit sie uns noch recht oft auf den Leim gehen! Uebergib uns unsere Schulden auf Gnade und Ungnade, daß sie all ihre Schulden bezahlen bis auf den letzten Pfennig mit Zins und Zinszins! Und führe uns nicht in das Zuchthaus, wohin viele von uns eigentlich gehören, sondern bewahre uns vor Bankrott und dem drohenden Sozialismus und verleihe uns ewigen Profit bis zu unserem Tode! Amen!

Konrad Matke, Wittweida.

Aus der Textilindustrie.

Deutscher Strumpf und deutscher Handschuh können, wie aus Basel berichtet wird, in Frankreich nicht entbehrt werden. Die französische Wirkwarenindustrie habe zwar in der Kriegszeit einige Fortschritte gemacht, doch ihre Erzeugnisse stehen den deutschen noch nach, besonders was Form und Aussehen betrifft. Während des Krieges bezog Frankreich viele solcher Waren aus England und stellte nur den Seidenstrumpf selber her. Jetzt spielen auf dem französischen Markt nur amerikanische Wirkwaren eine Rolle, die ihnen von den deutschen aber bald streitig gemacht werden dürfte.

Die Klagen der englischen Textilindustrie über den zunehmenden Wettbewerb Amerikas auf den europäischen Märkten beziehen sich ganz besonders auf den Baumwollwaren und billigere Wollstoffe. Das Wichtigste ist, daß die Preise, welche für amerikanische Erzeugnisse verlangt werden, im Durchschnitt 20 Proz. geringer sind als die von England verlangten.

Nachkriegspreise für Textilmaschinen in England. Revolving flat cards sind 225 Proz. teurer als 1914, Ringspindeln 225 Proz., Mulespindeln 250 Proz., Plain-overpick-Webstühle (32 Zoll Druckknopf) 250 bis 300 Proz., Garn-dockenpressen 150 Proz. Tatsächliche Preise: Mulespindeln 1914 25 sh., Ringspindeln 1914 50 sh., Mulespindeln 1919 70 sh. für die Spindel, Ringspindeln 1919 140 sh. für die Spindel. Kosten der Webstühle 1914: 10 Lstr. 10 sh. für den Webstuhl, 1919 37 Lstr. der Webstuhl, Garndockenpresse 1914 25 sh. 10 d., 1919 57 sh. 15 d.

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaftsbewegung in England.

Die englische Großeinkaufsgesellschaft steht vor einer wesentlichen Erweiterung ihres Aufgabekreises. Im dritten Vierteljahr 1919 betrug ihr Umsatz 22 095 887 Pfund Sterling (450 756 095 Mk.), 37 1/2 Proz. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; auf die Eigenproduktion entfielen 6 682 557 Pfund Sterling (136 324 163 Mk.), was eine Steigerung um 72 1/2 Proz. bedeutet. Die Ein- und Auszahlungen der Bankabteilung beliefen sich auf 126 357 321 Pfund Sterling (2 577 689 348 Mk.); hier beträgt der Zuwachs 26 1/2 Proz. Einige Produktbetriebe zeigten einen gewaltigen Aufschwung; so erhöhte sich die Produktionsmenge in Margarine um 146 1/2 Proz., in Seife um 100 Proz. Der Wert der Produktion stieg in den Kleiderfabriken um 157 Proz., in den Konfervenfabriken um 145 1/2 Proz., in den Eimerwerken um 136 Proz., in den Weißblechwerken um 110 Proz., in den Rochdaler Farbwerken um 129 1/2 Proz., in der Möbel-fabrik um 106 1/2 Proz. usw. Unter der in den nächsten Bezirksversammlungen zu behandelnden Gegenständen sind von Interesse die Anträge auf Erwerb von Grundstücken in Plymouth, wo ein Einkaufs- und Musterraum geschaffen werden soll, auf Erwerb von Druckerbetrieben in Meddich, einer Möbelfabrik in Bristol, einer Kleiderfabrik in Bristolington und einer Reihe Grundstücke zur Erweiterung bestehender Betriebe. Beachtung verdient auch der Vorschlag, eine Statutenänderung zu dem Zwecke vorzunehmen, eine Verzinsung des Anleihekaptitals bis zu 6 Proz. zu ermöglichen. Begründet wird dies mit der großen Anziehungskraft, der außerhalb der Genossenschaftsbewegung die Kapitalien begegnen.

Soziale Rundschau.

Konferenz zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes.

Eine Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe und von Vertretern baugewerblicher Produktgenossenschaften beruft der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes zum 5. Februar nach Hamburg ein. Es soll nach Mitteln zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes und der Finanzierung sozialer Baubetriebe gejudt werden.

Berichte aus Fachkreisen.

Bäumenheim. Am 10. Januar fand im Verbandslokal die erste Generalversammlung unserer Filiale statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über das vergangene Verbandsjahr. 2. Kasienbericht. 3. Neuwahl der Vorstandschaft. 4. Anträge und Mitteilungen. Zu Punkt 1 gab Schriftführer Kollege Binsmeister eine Uebersicht über die im vorigen Jahre abgehaltenen Versammlungen und deren Themen. Kassierer Kollege Haus erstatete den Kasienbericht. Den Einnahmen von 12 314 Mark standen als Ausgaben gegenüber: 1. an die Hauptkasse Berlin eingezahlt 869,46 Mk., 2. an Kranken- und Notunterstützungen 588,20 Mk., 3. Progenie an drei Unterfasser 1064,77 Mk., 4. Verwaltungs- und sonstige Unkosten 344,15 Mk., zusammen 10 616,58 Mk. Nach der Entlastung des Vorstandes wurde zur Neuwahl beschlossen. Auf Anregung des Vorstandes wurde nach kurzer Diskussion einstimmig beschlossen, den Ortsaufschlag um 10 Pf. zu erhöhen. Nachdem noch einige Anträge betr. Kasienunterhaltung zur Sprache gekommen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung, stets fest und treu zum Verbands zu stehen.

Bempflingen. Am 11. Januar fand die erste Generalversammlung der Filiale statt. Sie war trotz des schlechten Wetters auch von den Kollegen und Kolleginnen von Mittelstadt gut besucht. Nach der Verlesung der Berichte vom Gau- und Landesvorstand verlas der Schriftführer den Bericht über die ganze Zeit der Gründung der Filiale geleistete Arbeit. — Eine Vermählung der Filiale mit anderen Filialen wurde einstimmig abgelehnt, weil wir mit einer eigenen Verwaltung besser daran seien, als wenn wir mit mehreren Filialen zusammen einen Geschäftsführer hätten. — Sodann wurde beschlossen, von der Firma einen erheblichen Lohnaufschlag zu beanspruchen. — Bei den Neuwahlen wurden die alten Vorstandsmitglieder durch Jurius wiedergewählt. Der Vorsitzende schloß mit ermahnenden Worten, Einigkeit und Treue zu bewahren, die Versammlung.

Crimmitschau. (Oeffentliche Textilarbeiterversammlung.) Eine am 8. Januar im Saale der Mämerturnhalle abgehaltene öffentliche Textilarbeiterversammlung war gut besucht. Tagesordnung: Der geistliche Achtstundentag und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft. Redner: Kollege Wadstübner aus Dresden. Redner behandelte die Bedeutung des Achtstundentags für die Arbeiterschaft und schilderte die schweren und opferreichen Kämpfe vor der Revolution; besonders erwähnte er den schweren Kampf der Crimmitschauer Arbeiterschaft im Jahre 1903 und 1904 um die Verkürzung der Arbeitszeit. Man solle die Augen offen halten und gegen jede Durchbrechung des Achtstundentags Stellung nehmen. In der Aussprache wurde scharf gegen den seit einigen Wochen eingeführten Mißbrauch, die Feiertage herauszuarbeiten, Stellung genommen.

Dettingen. Am 4. Januar hielten wir unsere erste Generalversammlung ab. Vor Jahresfrist wurde unsere Filiale gegründet, und heute zählt sie 534 Mitglieder. Welch ein Erfolg! Und die traurigen Zustände, welche hier vorhanden waren, haben durch die Revolution und durch unser Wirken im Verbands die Erde gefunden. In 11 Monatsversammlungen und 10 Ausschüßungen wurden die Verbandsgeschäfte erledigt. Der Kasienbericht zeugte von großer Sorgfalt in der Führung der Kasien-geschäfte. — Nach den Vorstandswahlen befaßten wir uns angesichts der wahnwitzigen Teuerung mit der Forderung einer ansehnlichen Teuerungszulage.

Gleichen-Rögniswalde. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung. Die Mitglieder waren recht zahlreich erschienen. Kollege Schalk gab den Kasienbericht. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Kollege Bernicke wurde als Delegierter zur Gaukonferenz gewählt. Der Lokalbeitrag wurde von 10 auf 20 Pfennig erhöht. Die Versammlung schloß mit einer Darlegung des Kollegen Krumm über Betriebsräte.

Großschönau. (Deutscher Textilarbeiterverband und Bildungs-wesen.) Das Bildungswesen ist für unsere Genossenschaft nicht Selbstzweck, sondern in erster Linie ein Mittel zum Zweck. Wir müssen es als unsere wichtigste Aufgabe betrachten, die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder, die sich jetzt unserer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung angeschlossen haben, zu wahren Massenkämpfen zu erziehen. Man glaube nicht, daß hierzu weiß Gott was für eine Gelehrsamkeit nötig ist. Nur ein wahres Interesse für unsere edle Sache muß ein jeder an den Tag legen. Dann wird es uns möglich sein; weniger Wissenbe aufzuklären, und die durch Wissen erhöhte Macht aller zusammen wird uns die schweren Kämpfe, die uns noch bevorstehen dürften, siegreich führen lassen.

Kaiserslautern. Am 3. Januar 1920 fand im Lokal Tiedemann (Rittersberg) die Generalversammlung unserer Filiale statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Unsere Lohnbewegung. 2. Bericht über die letzte Kartellisierung. 3. Neuwahl der Verwaltung (Wahl der Kartelldelegierten). Zum ersten Punkt re-

Lehrer Geschäftsführer Jakob Leonhardt. Er führte unter anderem aus, daß die Tarifkommission in ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, in Anbetracht der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise 40 Proz. Lohnhöhung auf den noch laufenden Tarif von den Textilindustriellen zu fordern. Sodann verlas Kollege Leonhardt die neuen Tarifvertragsentwürfe für Kammgarn- und Baumwollbranche, und legte an Hand derselben die einzelnen Paragraphen aus. Den Bericht über die letzte Kartelltagung gab ebenfalls Leonhardt. Er erwähnte unter anderem, daß das Kartell beschlossen hat, einen Arbeitersekretär anzustellen. Er gab der Versammlung anheim, sich in allen Rechtsfragen an diesen zu wenden. Es erfolgten dann die Wahlen. Bei dem Punkt „Wünsche und Anträge“ wies Kollege Dickteig nochmals auf die von der Plauenener Generalversammlung festgesetzte Beitragsleistung hin, und forderte die Mitglieder auf, entsprechend ihrem Stundenverdienst die Beiträge zu leisten.

Kufel. Die Filiale hatte am 1. Januar eine stark besuchte Mitgliederversammlung. Nach dem Rassenbericht des Kollegen Schäfer und Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde bestimmt, daß die Angehörigen von Kommissionen nach Beendigung ihrer Tätigkeit Bericht zu erstatten haben. Alljährlich soll über die gesamte Tätigkeit berichtet werden. — Der Verlauf der Versammlung war ein ziemlich lebhafter und betriet das rege Interesse unserer Mitglieder an den Verbandsangelegenheiten. Unsere junge Filiale scheint auf festem Grunde gebaut zu sein.

Kulmbach. Die Filiale Kulmbach hielt am 8. Januar 1920 in der „Karlshöhe“ ihre Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung, die es zu erledigen galt, war eine ziemlich umfangreiche. Kollege Fahrens besprach die vom Gau herausgegebenen Verhaltensmaßregeln, die gegenüber dem Unternehmer bei Inanspruchnahme des zu erwartenden Betriebszeugnisses zu beachten sind. Das Hauptgewicht legte er auf die in der nächsten Zeit infolge der Forderung einguleitende Lohnbewegung. Die Vorbereitungen hierzu wurden schon getroffen. Redner behandelte dann den Werdegang der Tarife und betonte, daß man endlich dazu kommen müsse, Sachtarife auszuarbeiten. Diese Ausarbeitung der Sachtarife wurde eigens hierfür bestimmten Orten überlassen. Die Vorarbeiten wurden beschleunigt, so daß die neue Lohnforderung in ganz kurzer Zeit in Fluß kommen muß.

Ranau. Die am 8. Januar im „Volkshaus“ abgehaltene Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale erfreute sich eines guten Besuchs. Geschäftsführer Kollege Rutschke referierte sodann über „Das Zweistufsystem und die diesbezügliche Antwort des Arbeitgeberverbandes“. Von der Entwicklung des Zweistufsystems ausgehend, legte er dar, daß leider auch heute wieder in einzelnen Betrieben fast ein Wettlaufen nach dem zweiten Stuhl stattfindet, wobei die Kollegen übersehen, daß sie sich nur selbst dabei schaden. Andererseits kann man aber auch sehen, daß die Kollegen recht auf dem Posten ist, die einmal geschaffene Position des Lohnstarif zu halten. Bei dem am 7. Oktober abgeschlossenen Lohnstarif war das Zweistufsystem in keiner Weise berührt worden; es tauchte erst unmittelbar nach ihm auf. Die Versammlung konnte sich mit dem Zweistufsystem nur einverstanden erklären, wenn für den zweiten Stuhl 25 Proz. Zuschlag gewährt wird. Es wurde eine Kommission von 4 Mitgliedern gewählt, welche an den in Aussicht stehenden Verhandlungen teilnehmen sollen. — Dem Kartellbericht schloß sich eine Diskussion nicht an. — In die Jugend- und Kassenkommission wurden die Kolleginnen Wurst, Beier, Wenzel und Rutschke gewählt. — Weiter beschäftigte man sich mit Forderung für den Ausgleich der in letzter Zeit eingetretenen Preis-erhöhungen für Brot, Kartoffeln und Kohlen. Kollege Elger trat energisch dafür ein, daß endlich bald etwas von Seiten der Zentralverbände und dem Gewerkschaftsbund für den Abbau der Preise für Lebens- und Bedarfsartikel getan werde. — Kein Freund der Organisation ist der Taschenschneidfabrikant Otto von hier, welcher eine dauernde Agitation gegen die Organisation führt und seinen Arbeiterinnen weiß zu machen versucht, daß sie nicht in die Organisation einzutreten brauchen; er zählte die tarifmäßigen Löhne auch so. Wenn Herr Otto die Organisation nicht zu fürchten hätte, könnte es ihm ganz gleich sein, ob sich die Arbeiterorganisation organisiert oder nicht. Die Arbeiter werden seinen „Rat“ nicht befolgen.

Mittweida. Eine recht eigenartige Weihnachtsfeier ist den Arbeitern der hiesigen Firma Badosen u. Co. bereitet worden: es wurde ihnen Semendarschend zur Verfügung gestellt zum Preise von 8,90 Mk. das Meter; in verschiedenen Geschäften der Stadt, welche dieselbe Ware von der Firma Badosen beziehen, kauft man das Meter zu 8,60 Mk., also 30 Pf. billiger. Es wurde nun natürlich nichts gekauft und man vermutet, der Firma sei es so ganz recht.

Mühlau-Neudorf. In unserer Generalversammlung erstattete der 1. Geschäftsführer Kollege Schirmer den Geschäfts- und Rassenbericht vom 4. Quartal 1919. Der Mitgliederbestand beträgt 2937. Versammlungen und Sitzungen haben 85 stattgefunden. Eine Auffstellung über die im 4. Quartal 1919 abgeschlossenen Lohnstarife wurde mit großem Interesse entgegengenommen. Lohnstarife wurden für die Kammgarnwebereien und Färbereien, Baumwollwebereien, Kammgarnspinnereien, Zwirnereien und Spulereien, Wollkammereien und Streichgarnspinnereien abgeschlossen. Der Erfolg der Lohnhöhung durch die abgeschlossenen Tarife betrug in den einzelnen Branchen wie folgt: Kammgarnweberei und Färberei: für 470 männliche, 729 weibliche Beschäftigte pro Woche 11 999 Mk.; Baumwollweberei: für 90 männliche, 210 weibliche Beschäftigte pro Woche 6000 Mk.; Kammgarnspinnerei: für 132 männliche, 189 weibliche Beschäftigte pro Woche 6822 Mk.; Zwirnerei und Spulerei: für 12 männliche, 64 weibliche Beschäftigte pro Woche 4123 Mk.; Streichgarnspinnerei: für 34 männliche, 151 weibliche Beschäftigte pro Woche 3330 Mk. — Im 4. Quartal 1919 sind zusammen für 801 männliche, 1497 weibliche Beschäftigte pro Woche 33 994 Mk. oder im ganzen Quartal eine Summe von 157 982 Mk. an Lohnhöhung durch die Organisation herausgeholt worden. Ein Beweis, was eine Organisation leistet und schaffen kann, wenn dieselbe groß und stark ist. Daher muß immer wieder die Parole lauten: Kein Unorganisiert darf mehr in den Betrieben sein. Trotz dieser Lohnhöhungen war es aber den Beschäftigten in vielen Fällen nicht möglich, den wirtschaftlichen Verhältnissen auch nur einigermaßen Rechnung zu tragen, da die Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel prozentual bedeutend höher gestiegen waren als die gesamten Lohn-erhöhungen ausmachten. Weiter wurde die Fluktuation der Mitglieder gestreift und gewünscht, daß die Generalversammlung Stellung dazu nehmen sollte. Hieran knüpfte sich eine rege Aussprache. Um zu verhindern, daß Mitglieder, die ihre Arbeit aufgeben müssen, ihre Mitgliedschaft aufgeben und bei Eintritt in die Beschäftigung sich wieder neu aufnehmen lassen, wurde einstimmig beschlossen, daß beim zweiten Eintritt 3 Mk. und beim dritten und mehrmaligen Eintritt 5 Mk. Einschreibegeld zu entrichten sind. Es wurde noch eine Agitationskommission gebildet, die aus je drei Kollegen und Kolleginnen von Mühlau und Neudorf besteht. — Beim zweiten Punkt, Neuwahl der Ortsverwaltung, werden sämtliche Kollegen und Kolleginnen, die im vergangenen Jahre der Ortsverwaltung angehört, wiedergewählt und in Anbetracht der Mitgliederzunahme der Vorstand um zwei Kolleginnen erweitert. Unter Mitteilungen wird auf die bestehende Tarifkommission hingewiesen, wo alle Beschwerden über Nichtzahlung der festgesetzten Tarife und Mängel in den Betrieben über Nichtzahlung der festgesetzten Tarife und Mängel in den Betrieben anzubringen sind. Mehrere Anfragen aus der Versammlung wurden vom Geschäftsführer, Kollegen Schirmer, aufklärend beantwortet. Weiter wird mitgeteilt, daß in einem Rundschreiben des Zentralvorstandes empfohlen wird, Einrichtungen zu treffen, um einer größeren Zahl

von Beschäftigten Aufklärung über die Aufgaben der zukünftigen Betriebsräte zu verschaffen.

Redaktionsgängen. Am 4. Januar hielt die hiesige Filiale ihre dritte besetzte Generalversammlung ab. Nach dem Rassenbericht ist die Mitgliederzahl erfreulicherweise in dem abgelaufenen Quartal um 59 gestiegen. Die Wahlen vollzogen sich nach Ueberwindung einiger Hindernisse glatt. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Schreiben von unserm Gauleiter Hofscha betreffs einer Teuerungszulage vorgelesen. Es fand allgemeinen Beifall. Bemerkenswert an dem Schreiben war die Feststellung dessen, was der Verband hier seit dem 1. Februar schon geleistet habe. Zum Schluß ermahnte Kollege Kofenbader die Mitglieder, wie bisher, auch im neuen Jahre fest und treu zum Verband zu halten, damit wir jederzeit kampfbereit seien.

Düren (Wirtshg.). Am Montag, den 5. Januar, hielt die hiesige Filiale eine Mitgliederversammlung im „Ader“ ab, welche überaus zahlreich besucht war; der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Kollege Schwarz (Neulingen) referierte über das Thema „Die Textilarbeiter im Kampf ums Dasein“. In seinen trefflichen Ausführungen führte er den Anwesenden vor Augen, daß der Kapitalismus ärger denn je am Werk sei, die Arbeiter zum Elend und Hunger heranzuziehen. Das zeigte schon die in letzter Zeit bekundeten Bemühungen der Unternehmer zur Wiedereinführung des Dreistufsystems. Wie schon in verschiedenen Fabriken, sollten die Arbeiter überall das Dreistufsystem rundweg ablehnen. Die Versammlung stimmte ihm bei.

Schneeberg. Eine Branchenversammlung der Handwebsticker fand am Sonntag, 11. Januar, hier statt. Sie war sehr gut besucht, trotzdem es die Schlemmer und Neufädder Kollegen nicht für notwendig hielten, an ihr teilzunehmen. Wie früher die Lohnstarif schließen, so scheinen aber jetzt die Fabrikanten zu schlafen, wenn sie nicht arbeiten, um ihre 12 Stunden voll zu machen; selbst Sonntags arbeiten sie manchmal durch, wie bei der Firma E. Büschmann (Ader). — Kollege Hergert-Grießbach gab einen ausführlichen Bericht von den auf der Stickerkonferenz in Rodnach gepflogenen Verhandlungen. Daran schloß sich eine rege Aussprache wegen der verschiedenen hohen Garnpreise. Von der Tarifkommission in Plauen soll verlangt werden, daß sie bei Aufstellung und Abschluß des Tarifs für Festsetzung möglichst einheitlicher Garnpreise eintrete. Es wurde darüber Klage geführt, daß es außer der Firma Michaelis kein Geschäft für notwendig halte, den vom Deutschen Textilarbeiterverband und der Fabrikantenschnitzergemeinschaft gegenseitig unterzeichneten Lohnstarif einzuhalten. Bei etwas mehr Interesse für den Verband könnte solchem Unternehmertrug leicht abgeholfen werden, wie es in der hiesigen Tapisserei- und Spitzenindustrie geschah, wo der Lohn in ganz kurzer Zeit von 15 Pf. auf 1 Mk. erhöht wurde.

Steinhude. Am 12. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Der Rassenbericht schloß ab mit einer Einnahme von 1967,16 Mk. und einer Ausgabe von 1418,80 Mk., so daß als Rassenbestand 548,36 Mk. verbleiben. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 99 im 1. Quartal auf 113 am Schluß des Jahres. Mitgliederversammlungen fanden 11 statt. Arbeiterausschuß- und Vorstandssitzungen 6. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zur Aufstellung des neuen Tarifs nahm unser Gauleiter, Kollege Emil Döhler, das Wort und referierte über das Thema: Vom Betriebs- zum Bezirkstarif. Danach wurde beschlossen, eine namhafte Erhöhung des alten Tarifs zu fordern.

Uraa. Unsere am 8. Januar abgehaltene Generalversammlung, der auch Gauleiter Hofscha anwohnte, war gut besucht. Der Bericht von der Kartelltagung geigte eine Aussprache über das bei der Firma Gebr. Groß zur Einführung gebrachte Dreistufsystem, das aber auf Drängen des Arbeiterausschusses wieder abgeschafft wurde. Der vom Kassierer Sobel vorgelegene Geschäftsbericht zeigte von reicher Tätigkeit der Filiale im verfloffenen Jahre. Der Rassenbericht wird in nächster Versammlung erstattet werden. In derselben wird auch Kollege Schwarz-Neulingen einen Vortrag halten. — Beschlossen wurde nach längerer Aussprache, von den Unternehmern eine 70prozentige Teuerungszulage zu den Tariflöhnen zu fordern. — Eine Sammlung für die hungernden Deutschösterreicher ergab 42 Mk. Die Wahlen vollzogen sich glatt.

Literatur.

„Der Firm“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Heft 8 ist erschienen. „Der Firm“ erscheint vierzehntägig und ist durch alle Parteibuchhandlungen oder direkt vom Verlag, Berlin W. 57, zu beziehen. Abonnementspreis: Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk., Einzelheft 1 Mk. Probenummer kostenlos.

Briefkasten.

Nach Kassel. Es läßt sich nicht mehr feststellen, wer der Einsender war; eine Verwechslung des Ortsnamens dürfte aber kaum vorliegen.

Nach Eppenreuth. Wenn die verlorene Karte sich nicht wieder anfindet, müssen Sie eine neue ausstellen.

Das Protokoll der Generalversammlung in Plauen i. V. ist erschienen. Es ist zum Preise von 1 Mark pro Stück bei den Ortsverwaltungen unseres Verbandes zu haben. Der Vorstand.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 25. Januar, ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Betrifft Arbeitslosenzahlung.

Die Dezemberzahlung hatte folgendes Ergebnis: 398 Filialen mit 146 363 männl. und 273 761 weibl., zusammen 420 124 Mitgliedern. Nicht berichtet haben 75 Filialen mit 45 733 Mitgliedern. Die Zahlung umfaßt 89,1 Prozent der Mitglieder. Die Novemberzahlung hatte einen Mitgliederbestand von 403 904, mithin bei dieser Zahlung eine Zunahme von 16 220 Mitgliedern. Die monatlichen Arbeitslosenzahlkarten kommen diese Woche zum Versand. Filialen, die keine Karten erhalten, mögen sich sofort an uns wenden.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß nur eine Karte jeden Monat eingekandt werden soll; und zwar die zwei ersten Monate im Quartal die graue Karte, den dritten Monat die gelbe Karte. Also Januar und Februar (graue Karte), März die gelbe Karte, April, Mai (graue Karte), Juni gelbe Karte usw.

Die Arbeitslosenziffer betrug in Proz.:

männlich	6,4 Proz.
weiblich	6,4 „
Zusammen	6,4 Proz.

Im Vormonat betrug die Prozentziffer:

männlich	5,6 Proz.
weiblich	7,0 „
Zusammen	6,3 Proz.

Der Vorstand.

An die Ortsverwaltungen.

Die Ortsverwaltungen sind gebeten, bei Ausstellung eines Mitgliedsbuches mit Stammmummer die Mitgliedsarten an uns nicht einzufenden.

Diese sind einige Zeit am Ort aufzubewahren und können dann vernichtet werden.

Der Vorstand.

Geschäftsführerge such.

Für die Filiale Glauchau wird ein tüchtiger Geschäftsführer gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen und schriftgeübten Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufzuges über die Aufgaben eines Geschäftsführers, an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin O. 27, Magasinstraße 6/7, bis spätestens den 7. Februar d. J. einzureichen. Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Gehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer des Bestehens besteht eine vierwöchige Kündigung.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Kassel. Eisenach. V. u. K.: David Peter, Ehrensteig 94. Niedergerbra. V.: Friedrich Bernkurtz. K.: R. Steinede. Schlotheim. V.: Albert Roth, Amtsstr. 29.

Gau Düsseldorf. Summersbach. K. und Geschäftsführer: Wilh. Pannhuis, Derichlag, Ober-Derschlag, Heerstraße 42. M.-Glabbach. V.: Paul Bahr, Geschäftsführer, Königstr. 13. Briefe an diesen. K.: Johann Steins, Geschäftsführer, Königstr. 13. Willich. (Neu). V.: Christian Leuders, Fischelner Straße. K.: Johann Bollberg, Petersstr. 17.

Gau Uraa. Radolfzell. V.: August Feis, Hafelbrunnstr. Alle Zuschriften an den Kassierer E. König, Schützenstraße 24. Waldshut. V.: Robert Schiebel, Gurlweierstr. 3.

Gau Stuttgart. Lüdingen ist mit Reutlingen verschmolzen. Uraa. V.: Karl Ziegler, Karlstraße.

Gau Augsburg. Brudmühl. V.: Joh. Schneider, Geufeldmühle b. Geufeld, Ob-Wag. Alle Zuschriften an den Kassierer F. Krapp, Brudmühlstr. 75. K.: Alwin Schöne, Pfoststr. 75.

Gau Gera. Berga. V.: Johann Sobota, Südstr. 13. Gohlenleben. V.: Otto Gleigen, Bachhofstraße. K.: Paul Röhger, Oststr. 168. M. üchenbernsdorf. K.: M. Schumann, Krumme Gasse 163-164. Pögned. V.: Wilhelm Hofmehl, Breite Str. 11. Saalfeld. V.: Adelina Haase, Sonnenberger Str. 56. K.: Emma Krieg, Promenadenweg 2.

Gau Dresden. Burgstädt. V.: Otto Winkler, Geschäftsführer, Brühl 3. K.: Karl Lindner, Geschäftsführer, Brühl 3. Lichtenstein-Lugau. V.: Bernhard Graupe, Lichtenstein-Caillberg, Grüne Straße 8. Rochlitz. V.: Emil Lorenz, Rathausstr. 31. K.: Hulda Jakob, Amtsbergr. 518.

Gau Liegnitz. Freiburg. V.: Oswald Süssenbach, Freiburg i. Schl., Mühlstr. 26. Lauban. V.: Frau Pauline Jädel, Heuberg Gölitzer Str. 20. Zillertal. V.: Heinrich Weiß, Zillertal i. Hg., Neue Kolonie 7.

Gau Berlin. Fürstental. V.: Theodor Dorn, Fürstentalde a. Spree, Lindenstraße 37. K.: P. Prüfer, Reichenberg a. Spree, Rolfstr. 3. Guben. V.: M. Hoffmann,

Bange Str. 4. Samswegen. K.: Otto Rehwagen, Bleiche bei Groß-Ammensleben. Steintin. K.: Ernst Lameré, Turnerstraße 4. Alle Zuschriften an diesen.

Ortsverwaltungen.

Eppenreuth. Unser Mitglied Johann Taubert hat seine Mitgliedsarte mit 29 Marken verloren. Man wolle sie bei etwaigem Auftauchen anhalten und uns austiefen. D. O.

Summersbach. Die Geschäftsführerstelle ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Wilh. Pannhuis aus M.-Glabbach. Allen Bewerbern besten Dank!

Die Ortsverwaltung. **Neumünster.** Die Mitgliedsarte auf den Namen Emilie Wiemann, Spinnerin, geb. am 15. März 1887 in Neumünster, eingetreteten in den Verband am 14. Mai 1919 in Neumünster, ist angeblich verlorengegangen.

Bei etwaigem Auftauchen bitten wir die Karte einzuziehen und uns einzusenden.

Die Ortsverwaltung. **Werdau.** Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Kurt Döller, eingetreteten am 1. 1. 1911 in Werdau, Buchstr. 507/777, ist abhanden gekommen. Da die Möglichkeit besteht, daß das Buch gestohlen wurde, ersuchen wir alle Geschäftsstellen, bei eventuellem Auftauchen das Buch anzuhalten und uns einzusenden.

Die Ortsverwaltung. **Zschopau.** Geschäftszeit: Montags bis Freitags vorm. 8-1 Uhr, nachm. 4-7 Uhr, Sonnabends vorm. 8-1 Uhr, Dienstag und Donnerstag ist das Bureau für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Das Auffuchen der Geschäftsführer in ihren Wohnungen ist, da ungemächlich, unbedingt zu unterlassen. D. O.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Berlin. Rosa Wölfer, Näherin, Infulerga, 47 J.

Bannheim. Alexander Schaur, Magazinarbeiter, 23 J. Michael Gablek, Magazinarbeiter, 61 J.

Josephus Bagelmeier, Weberin, 45 J. Kathi Eberhardt, Spinnerin, 51 J.

Öppingen. Theresie Staudenmayer, Andrerin, Lungenkrankheit, 43 J.

Gronau. Bernhard Rollmann, Unfall.

Rempten. Georg Meiner, Kriegsverwundung, 24 J. Faver Hagspiegel, Unterechnung, 53 J.

Mittweida. Oskar Richard Schari, Arbeiter, Waldheim, Friedrich Otto Renner, Weber

Neumünster. Marie Blum, 77 J. Oskar a. G. Karl Vorderh, Arbeiter, Altersschwäche, 74 J.

Ortitz. Luise Hartig, Lungenleiden, 21 J.

Plauen i. V. Karl Theodor Höhle, Herzschlag, 33 J. Bernhard Bode, Altersschwäche, 73 J.

Reichenbach i. V. Reinhard Zöppel, Neumarkt, Schlaganfall, 33 J. Anna Kollerung, Lungenkrankheit, 18 J.

Werdau. Elsa Mödel berechtigte Waise, Zwirnerei, 36 J. Elsa Jaspf, Anlegerin, 25 J. Franz Robert Hempel, 42 J.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen. Burgstädt. Sonntag, 1. Februar, in der „Klatte“.

Freiberg. Dienstag, 3. Februar, in der „Union“, Barthelsdorfer Straße.

Malchow i. Meißlg. Sonnabend, 31. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Pögned. Freitag, 30. Januar.

Verbandsmitglieder! Schreift nur Versicherungen ab bei der

Volkshilf lorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

Hamburg 5.

1 tüchtiger Bobbinenfüller (Gin- spinner)

für meine Abteilung Spinnweberei sofort gesucht. Leopold Oskar Gartenstein, Lungenfeld 1. W.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 24. Januar

Verlag: Carl Schüb in Ballenberg-Altenende. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Drefel in Plauen i. V., für alles andere: Paul Wagner in Berlin. — Druck: Borchardt's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.